

Protokoll

über die nichtöffentliche Sitzung des Landtages vom 21. Dezember 1939

Abwesend ~~der~~ Abg. Oehri Chrysostomus

Reg. Vertreter Reg. Chef Dr. Hoop und Reg. Chefstellvertr. Dr. Vogt

Das Protokoll der letzten K. Sitzung wird verlesen und genehmigt.

1. Einbürgerung der Selma und Ursula Nothmann in Vaduz.

Die Gesuchstellerinnen möchten nur Fr. 30,000.- Kautions stellen und diese in Obligationen der Sparkasse bei einer Schweizer Bank deponieren.

Der Landtag entspricht ^{mehrheitlich/} dem ersteren Ersuchen aus Konsequenzgründen nicht und beharrt auf Bezahlung der beiden Kautions von je Frs 30,000.- also zusammen Frs. 60,000. Die Erlegung der Kautions bei einer Schweizer Bank wird bewilligt unter der Voraussetzung, dass die Beträge dort gesperrt bleiben und gemäss Antrag des Abg. Bühler sollen diese Kautions in geschlossenem Depot hinterlegt werden.

2. Einbürgerung Dr. Walter von Selve und Frau.

Reg. Chef gibt bekannt, dass der Fall Triesenberg zugewiesen werden sollte. Er habe schon mit der OV. Triesenberg so verhandelt.

In der Diskussion stellt sich heraus, dass eigentlich die Gemeinde Gamprin das erste Anrecht auf diesen Einbürgerungsfall hätte, da man ihr es versprochen und sie das Geld zur Abdeckung der bereits begonnenen Arbeiten ~~im~~ vor Triesenberg benötige.

Der Landtag stimmt der Einbürgerung mit Ueberweisung an die Gemeinde Gamprin mehrheitlich zu. Der nächste Einbürgerungsfall soll der Gemeinde Triesenberg zugehalten werden.

3. Landesvoranschlag für 1940

Reg. Chef gibt allgemeine Aufklärungen betr. die Budgetierung 1940.

Tit. I.

Bühler regt an, Die Revision der staatl. Aemter durch einen Liechtensteiner vornehmen zu lassen.

Präsident glaubt, dass eine amtliche Prüfungsstelle geschaffen werden sollte. Manchmal sei man nicht in der Lage, die Verantwortung für die Unterschrift zu tragen. ~~MM~~

Der Landtag glaubt, dass die Regierung die Sache prüft und

im Auge behalten soll

Dr. Schädler wünscht, dass die Vereine gem. der seinerzeitigen Besprechung etwas erhalten sollen, es sei nicht recht, dass nur einzelne Vereine begünstigt seien.

Bühler unterstützt Dr. Schädler

Der Landtag ist mehrheitlich der Auffassung, dass die Vereine etwas bekommen sollten. Ein Beschluss über die Höhe wird nicht gefasst und die Regierung soll später über die Zahl der Vereine etz. noch Bericht erstatten.

II. Schule:

Für den Druck der Schullesebücher wird ein höherer Betrag ins Budget aufgenommen.

III. Bauwesen:

Bei der Behandlung dieses Titels entspinnt sich eine rege Debatte über das Bauamt und Geometeramt etz. Aus dem Schoße des Landtages werden Stimmen laut, dass eine Vermehrung des Personals des Bauamtes nicht angebracht wäre. Auch werden die grossen Rückstände der Bodenvermessungen, die durch die vielen landschaftlichen Arbeiten der letzten 10 Jahre notwendig geworden wären, scharf gerügt und eine Abhilfe gefordert. Auch wird bemängelt, dass das Bauamt bei diversen Bauten immer viele Abänderungen mache. ~~Manchmal~~ ^{Nach Aussage} diese nachträglich an den Geometers sollen ~~Manchmal~~ diese nachträglich an Abänderungen des Bauamtes ihm grosse Arbeit verursachen, da er dann die Kaufverträge etz. zweimal machen müsse.

Präsident bemerkt, dass eine Vermehrung des Personals beim Bauamt nicht vorgesehen sei, es sei denn, dass dem Geometer eine Hilfskraft beigegeben werde. Nach seiner Ansicht könne dieser unmöglich die Rückstände aufarbeiten, da er zu stark beansprucht sei. Auch müsse das Bauamt vom Geometeramt getrennt behandelt werden. Dass da und dort gewisse Abänderungen bei Bauarbeiten gemacht werden, komme daher, dass eben nicht immer ein Detailprojekt vorliege; diese würden auch viel Geld verschlingen. Auch trage hierfür nicht immer das Bauamt die Schuld, es seien auch andere Umstände schuldig. Manchmal fehle es auch an den Arbeitern und er nehme das Bauamt in Schutz, soweit seiner Ansicht nach dieser berechtigt sei.

Risch Ferd; wünscht Auskunft ~~(über die Höhe der Rückstände)~~ ^(die immer gefügt werden)

monopolisiert sei.

Präsident klärt auf, dass verschiedene Beumeister mit Firmen aufgerückt seien, von denen sie Provisionen gehabt hätten. Die Regierung habe dann beschlossen, dass dieses Provisionswesen aufhören ~~musste~~ und dass man direkt mit einer Baufirma verkehren soll. Die Preise der einzelnen in Betracht kommenden Firmen ~~unterschiedlich~~ seien gleich gewesen. Die Qualität dieser Firma sei gut und man sei immer mit ihr gut gefahren. Man sei der Meinung gewesen, dass es für das Land vorteilhafter sei, mit einer seriösen Firma zu verkehren, als mit mehreren Firmen zu arbeiten, die nicht besser und nicht billiger seien.

Dr. Schädler glaubt, dass die ungeheure Unordnung und die Rückstände beim Geometeramt nicht weiter zu verantworten seien.

Bühler schliesst sich dieser Ansicht an und kritisiert, dass Leute, die schon in des Morgens Frühe vom Alkohol riechen, ~~man~~ verwarnt werden sollten und wenn dies nichts nütze, soll man sie anderswo versorgen.

Präsident bemerkt, dass schon Verwarnungen vorgekommen seien. Es werde immer Besserung versprochen und in gewissen Sachen sei die betreffende Hilfskraft sehr geschickt.

Mittagspause. Fortsetzung 2 Uhr.

Reg. Chef beantragt eine Einschränkung der Bausubventionen. In der Schweiz seien keine Subventionen für Neubauten. Ich würde auf 10% zurückgehen und Neubauten ausschliessen.

Die Gewerbevertreter sind nicht für das Fallenlassen dieser Subvention.

Die Minimalgrenze der subventionsberechtigten Arbeitslöhne bei Renovationen und Reparaturen wird auf Frs. 150.- festgesetzt.

In diesem Zuge schält sich die Meinung heraus, dass auch bei anderen subventionsberechtigten Institutionen gekürzt werden sollte. Ueberdies sollte bei allen Subventionen nur die Bedürftigkeit als Grundlage genommen werden.

Ein Beschluss jedoch wird nicht gefasst.

Hoop rügt, dass die Viehimpfungskosten erst jetzt eingezogen werden.

Brunhart Heinr. stellt den Antrag, dass diese Impfkosten den Gemeinden im Kontokorrent angelastet werden sollen und diese können sie dann einheben, sonst werde nicht alles bezahlt.

einstimmig

Dieser Antrag wird ~~MAJORITY~~ angenommen.

Es fällt auch die Anregung, die Bangsubvention ganz fallen zu lassen, andere glauben, dass nur mehr ein fixer Betrag für jedes geschlachtete Tier ausgeschüttet werden sollte. ^{von Frs 50.-}

Betreffend der Bekämpfung der Rindertuberkulose ist man allgemein der Auffassung, dass etwas geschehen sollte. Am vorteilhaftesten erscheint die Regelung der Subventionierung durch die liecht. Viehversicherungsvereine. Es wird eine gesetzliche Regelung dieser Angelegenheit vorgesehen und zwar soll eine vorübergehende Regelung bis 15. Mai 1940 und dann eine dauernde getroffen werden. Im Übergangsstadium bis 15. Mai würde eine Höchstschätzung ^{von Frs 50.-} angenommen, von der 1/4 abgeht zu Lasten des Eigentümers und die anderen 3/4 würden zu Lasten des Landes und der Viehversicherung gehen, abzüglich der Verwertungserlöses. Nach dem 15. Mai würden nur noch versicherte Tiere subventioniert und zwar nur ~~MMF~~ tuberkulos gefallene Tiere.

Risch regt an, dass zugekaufte Stierkälber bei der Zuchtstierschau nicht subventioniert werden sollten.

Dr. Vogt unterstützt diesen Antrag, den auch die Landesviehveredlungskommission gutheisse.

Risch stellt den Antrag, dass die aus dem Ausland zugekauften Tiere geimpft werden sollten, sonst werden sie nicht in die Versicherung aufgenommen werden. ^{von Frs 50.-}

Der Landtag ist der Meinung, dass die Bangsubvention beibehalten werden soll für jedes Tier, das den Nachweis der Schlachtung und dass es bangkrank war erbringt und überdies, dass es ein Jahr in Liechtenstein gestanden und 1/4 Jahr Eigentum des betreffenden Besitzers gewesen ist.

Kindle fragt an, für was Kitzinger monatlich Frs 125 erhalte, er habe Misstimmigkeiten unter dem Imkern gehört.

Der Landtag beauftragt die Regierung, in den einzelnen Gemeinden die Angelegenheit zu erheben und dann später dem Landtag zu berichten, wie sich die Imker in den einzelnen Gemeinden zu dieser Geldausschüttung stellen.

Titl. IX.

Dr. Schädler glaubt, dass man nicht mehr soviel für Fremdenverkehrspropaganda budgetieren sollte, da es doch zwecklos sei.

Schliesslich wird Frs. 4000.- budgetiert.

Bühler bemängelt, dass die Brautaussattungssubventionen nicht vorgesehen seien, es sei dies eine grosse Hilfe für das notleidende Schreinerergewerbe gewesen und er möchte die weitere Ausschüttung empfehlen.

Die Gewerbevertreter setzen sich ebenfalls dafür ein.

Der Landtag nimmt sodann wieder Frs. 40,000.- für Brautsbventionen ins Budget auf.

Gesuch des Euphrasio Kaiser, Vaduz um einen Auswanderungsbeitrag.

Reg. Chef bemerkt, dass Kaiser Frs. 2000.- möchte, er würde ihm Frs. 500.- geben.

Präsident sieht eine Ungleichheit darin, ob einer nach Amerika auswandert oder nach Italien. Kaiser könnte auch wieder bald zurückkommen.

Hoop befürwortet einen Beitrag, dass man ihm abkomme.

Kindle glaubt, dass man ihm unter diesen Umständen vielleicht Frs. 300.- aus Auswanderungsprämie und Fr. 200.- als sonstige Unterstützung geben sollte.

Der Landtag ist mehrheitlich dieser Auffassung.

Schluss der Sitzung 1/6 Uhr.